

Beitrag für die Tagung des AK Parteienforschung der DVPW im Oktober 2007 an der FU Berlin in der Podiumsdiskussion „Brauchen Parteien eigentlich noch Mitglieder? Und wie kommen die Bürgerinnen und Bürger zu den Parteien?“

Nachträgliche und aktualisierte Schriftfassung des Beitrages (Mai 2008) für die Veröffentlichung. Erschienen in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen & Farmington Hill, S. 269-275

Horst Kahrs

Neuer Aufschwung für Mitgliederpartei

DIE LINKE ist derzeit die einzige wachsende Partei. Paradoxerweise kämpft sie mit Schrumpfs- und Wachstumsproblemen gleichzeitig. Wie sich die LINKE weiterentwickelt, welche neue politische Identität sie herausbildet, hängt in hohem Maße von ihrer Entwicklung als Mitgliederpartei ab. Für notwendige Reformen in der Parteiorganisation gibt es keinen einzig Erfolg versprechenden Königsweg. Die Rolle der Mitglieder als Souverän der Partei muss neben den Techniken der Wahlkampagnen und medialen Inszenierungen mit neuem Leben gefüllt werden.

Mitgliederaufschwung durch Parteigründung

Die Partei DIE LINKE gründete sich am 16. Juni 2007 aus der Linkspartei.PDS und der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Mit 71.925 Mitgliedern zum Jahresende 2007 ist sie nach SPD, CDU und CSU die mitgliederstärkste Partei in Deutschland. Zugleich ist DIE LINKE die einzige im Bundestag vertretene Partei, die im Jahr 2007 einen Mitgliederzuwachs vorweisen konnte.¹ Dieser positive Trend hielt auch in den ersten Monaten 2008 an.

Der Zuwachs an Mitgliedern verlief in den ostdeutschen und westdeutschen Landesverbänden in einer doppelten Asymmetrie. In den ostdeutschen Landesverbänden kommen auf 1.000 Einwohner drei bis vier Parteimitglieder. In den westdeutschen Landesverbänden erreicht nur der saarländische Landesverband mit knapp 2 Mitgliedern auf 1.000 Einwohner eine annähernd vergleichbare Größenordnung. In allen anderen westlichen Landesverbänden kommt auf etwa 3.000 Einwohner ein Mitglied; in Bremen und Hamburg beträgt das Verhältnis 1:2.000, in Bayern in Baden-Württemberg eher 1:5.000. Die westlichen Landesverbände sind wiederum diejenigen mit den höchsten Wachstumsraten an Mitgliedern. Im Saarland wuchs die Mitgliedschaft 2007 um 93%, in Bayern und Nordrhein-Westfalen jeweils um knapp 45%, in den anderen westlichen Landesverbänden um 20-30%. In den ostdeutschen Landesverbänden sanken trotz der Neueintritte die Mitgliederzahlen zwischen 3,7% (Berlin) und 7,2% (Mecklenburg-Vorpommern). Hier setzte sich, wenn auch im Zuge der Parteigründung deutlich abgeschwächt, der seit der politischen Stabilisierung der vormaligen PDS Anfang der 1990er Jahre anhaltende Schrumpfungsprozess fort.

Der absolute Mitgliederrückgang in den ostdeutschen Landesverbänden geht vor allem auf eine hohe Sterbeziffer zurück. Mitgliederrückgang und Überalterung der Mitgliedschaft verstärken sich hier gegenseitig zu einer Erfahrungswelt des Schrumpfens. Sinkende Mitgliederzahlen bedeuten weniger Einnahmen, ein zunehmendes Durchschnittsalter der Mitglieder bringt ein abnehmendes Engagement und einen kleiner werdenden Aktivitätshorizont mit sich. Die Schließung von Geschäftsstellen, das zunehmende Fehlen von Organisationsstrukturen auf dem flachen Lande für verbliebene Einzelmitglieder, eine altersbedingte Ver-

¹ Linkspartei.PDS und WASG hatten am Jahresende 2006 zusammen 69.108 Mitglieder. Im Jahr 2007 verzeichneten zunächst diese beiden Parteien und dann DIE LINKE zusammen 7.500 Eintritte. Im Saldo von Sterbefällen und Austritten blieb ein Zuwachs um 2.817 Mitglieder (+4,1%).

gung der sozialen Bewegungsräume – all dies sind nur einige Phänomene, mit denen sich die Landes- und Kreisverbände in den ostdeutschen Ländern beschäftigen müssen. Im Gegenzug wächst quasi natürlich der Trend zur Professionalisierung der Parteiarbeit. Wenn die Mitglieder nicht mehr überall Plakate hängen und Informationsmaterialien verteilen können, dann müssen diese Tätigkeiten an professionelle Dienstleister vergeben werden. Damit verbunden sind finanzielle Kosten; vor allem aber wird das Parteileben um einige gemeinsame Aktivitäten ärmer; das Gewicht der Mandatsträger wächst bei einem abnehmenden Engagement der „einfachen“ Mitglieder in den Parteiorganisationen; klassische Facetten der Mitgliederpartei gehen auf diesem Weg verloren.

Dagegen stellt der Mitgliederzuwachs in den westlichen Landesverbänden die Partei vor genteilige Aufgaben. In manchen Gebietsorganisationen vervielfachten sich binnen kürzester Zeit die Mitgliederzahlen und drohen die vorhandenen Parteistrukturen zu überfordern. Die Eintritte sind verbunden mit einem ausgeprägten Anspruch, nun gemeinsam mit anderen aktiv zu werden, ohne dass hierfür schon immer Möglichkeiten, Angebote vorhanden sind. Politische Erfahrungen, Bildung und soziale Kompetenzen sind heterogen verteilt, dementsprechend breit sind die politischen Themen und Felder gestreut, auf denen die neuen Mitglieder sich einmischen wollen. Entscheidend für den mittel- und längerfristigen Verbleib in der Partei war und ist, wie schnell es den örtlichen Parteigliederungen gelingt, Parteistrukturen und –aktivitäten aufzubauen und anzubieten, in denen sich Mitgliedschaft als soziales und politisches Parteileben entwickeln kann. Entscheidend ist wie gut es gelingt, eine gemeinsame, an lokalen Gegebenheiten gebundene Identität der noch im Aufbau begriffenen Partei herzustellen; eine Identität, die in der Regel verschiedene soziale Herkunftsmilieus der Mitglieder überwölben muss.

Was sich in den westlichen Kreisverbänden an Zusammensetzung der Mitgliedschaft, an vorherrschenden politischen Themen und anderen für das örtliche Parteileben wichtigen Besonderheiten entwickelt, ist von der Ebene des Landesverbandes kaum, von der Bundesebene gar nicht planbar. DIE LINKE im Westen Deutschlands ist in einem ganz anderen Sinn Mitgliederpartei als im Osten. Örtliche Themen, Arbeitsweisen, Offenheit gegenüber Neumitgliedern, all dies hängt hier kaum von professionellen Strukturen, sondern wesentlich vom persönlichen Engagement und den sozialkommunikativen Fähigkeiten der „Alt“mitglieder ab.

Keine Alternative zur Mitgliederpartei

In einem zunächst ganz elementaren Sinn erhebt DIE LINKE den Anspruch, Mitgliederpartei zu sein: Eine neue Partei, die keinen Zulauf an Mitgliedern vorzeigen kann, wird sich nicht im deutschen Parteiensystem verankern können. Wo Mitglieder gewonnen werden, ist der gesellschaftliche Bedarf an einer neuen politischen Partei und Repräsentanz unabweisbar, dort besteht die Aussicht auf dauerhafte Verankerung im sozialen und politischen Leben. Mitgliederzahlen schaffen gesellschaftliche Legitimation für die Stellung der Parteien; für neue Parteien sind sie ein unverzichtbares Signal von Stärke, Aufschwung und politischer Offensive.

Manche Wahlergebnisse der LINKEN in den vergangenen Monaten scheinen diese Auffassung zu widerlegen. Bestätigen nicht die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen oder die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, dass Wahlerfolge auch dort erzielt werden können, wo es kaum Mitglieder, geschweige denn Parteistrukturen gibt? Reichen nicht vor allem bundespolitisch transportierte Themen und Forderungen, die die Mehrheitsstimmung im Lande treffen, politische Führungspersonen und mediale Präsenz vollkommen aus, um Wahlerfolge und politischen Einfluss zu generieren?

Tatsächlich verdanken sich die jüngsten Wahlerfolge nicht primär einer starken und aktiven Mitgliedschaft. Aber bereits die Bestätigung des Wahlergebnisses bei der kommenden Wahl wird in weit größerem Maße davon abhängen, ob die Mitgliederzahlen und die lokalen Parteistrukturen den Wahlerfolgen nachgewachsen sind. Parteien, denen es an lokaler Präsenz mangelt, die nur über die Medien und dort über wenige Personen gegenwärtig sind, binden keine Stammwähler und sind bei Wahlergebnissen in hohem Maße von taktischen Wetterlagen abhängig. Dauerhaften politischen Einfluss und soziales Ansehen erwerben sie nicht. Der „primärweltliche Kontakt“ (E. Wiesendahl) zu den Wählerinnen und Wählern findet nur über die Mitglieder, ihre Präsenz in Vereinen, Betrieben, Kneipen und Familien statt, nicht über die Medien. Der Erfolg bei den Bundestagswahlen 2005 hat in diesem Sinne eine günstige Gelegenheit zum Aufbau einer neuen Partei geschaffen, die in vielfältiger Weise Mitglieder anzieht – und benötigt.

Vorstände müssen gewählt, Kandidatenlisten müssen gefüllt, errungene Mandate ausgeübt werden; Strukturen wollen mit Leben gefüllt, politische Aktivitäten entfaltet werden. In diesem Sinne besteht ein gegenwärtig durchaus hoch anzusetzender Anreiz, bei der LINKEN mitzumachen und – in der Regel – auch Mitglied zu werden. Ein Beitritt kann sich in vielfältiger sozialer und sozialpsychologischer Weise „lohnen“, am wenigsten bei der LINKEN als Karriereprungbrett.

DIE LINKE, generell linke Parteien, sind darauf angewiesen, Mitgliederpartei im emphatischen Sinne sein zu wollen. Mitglieder verschaffen Legitimation im Parteiensystem; sie stellen eine Grundfinanzierung der Parteiarbeit sicher, was bei einer Partei ohne nennenswerte Großspender besonders bedeutsam ist; Mitglieder geben der Partei an Informationsständen oder im Alltag ein Gesicht. Mitglieder sind für DIE LINKE unverzichtbar als Kontrapunkt zur Welt der Meinungsforschung und Umfragerealität. Was „die Leute“, die berühmten „Menschen draußen im Lande“ wirklich denken, das können Parteien in der Regel nur über ihre Mitglieder aufnehmen. Nur funktionierenden Mitgliederparteien gelingt es, diese Kontakte mit der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger, mit den Möglichkeiten und Erwartungen der Wählerschaft, als „Stimmung an der Basis“ in die Vorstände zu transportieren und daraus politische Vorhaben zu formen, die Aussicht auf Erfolg haben, weil die Partei nur dann wiederum signalisieren kann, dass sie weiß, was „die Leute“ umtreibt.

Für die politische Glaubwürdigkeit und das „soziale Kapital“ (M. Vester) einer linken Partei ist der Charakter einer Mitgliederpartei eine notwendige Bedingung.² Nur über diese Rückkopplung mit der Praxis sozialer Milieus und Lebenswelten, nur über die Präsenz der Mitglieder als in beide Richtungen wirkendes Bindeglied zwischen exponierten, medial gegenwärtigen Parteirepräsentanten und der Alltagspraxis der Wählerinnen und Wähler erhalten linke Parteien das, was ihre Substanz ausmacht: einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund von Parteiführung, Mitgliedern und Wählern, der wiederum das Rückgrat bildet, um dem Druck der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer Interessen zu widerstehen.

² „Soziales Kapital realisiert sich immer nur persönlich in glaubwürdiger Rückkopplung mit der Praxis sozialer Milieus. Je weiter sich Mandatsträger oder Parteifunktionäre von dieser Praxis entfernen, sich primär über mediale Inszenierungen darstellen und dabei den Eindruck erwecken, sich gegen das Ethos der Wählerschaft selbst ermächtigen zu wollen, desto prekärer wird ihre Legitimationsbasis. Übrig bleibt der Hasardeur, der in der Regel ad hoc entscheidet und rücksichtslos das ihm Anvertraute aufs Spiel setzt.“ Heiko Geiling, Michael Vester: Das soziale Kapital der politischen Parteien; in: Brettschneider/Niedermayer/Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2007, S. 457-489, S. 486.

Organisationsreformen ohne Königsweg

Noch ist nicht entschieden, ob der Mitgliederzuwachs der LINKEN ein über 2009 hinaus anhaltendes Phänomen sein wird. Vieles wird sich in der Mitgliedschaft und im Mitgliederleben dennoch verändern. In 2008 wird der erste westliche Landesverband einen ostdeutschen bei der Mitgliederzahl überholen. Westdeutsche Biographien, Erfahrungen und Traditionswelten werden deutlich größeres Gewicht bekommen. Mit gezielten Ost-West-Partnerschaften auf der Ebene von Orts- und Kreisverbänden kann und soll das produktive Zusammenkommen der derzeit wachsenden und der derzeit schrumpfenden Landesverbände befördert werden. Hierbei geht es um mehr als gegenseitiges Kennenlernen, Respektieren und Erfahrungen austauschen. Am Ende wird die Frage beantwortet, ob in der Mitgliedschaft der jeweilige Zuwachs als Bereicherung und Beginn einer neuen Ära im Mitgliederleben angenommen wird.

Gleichwohl, trotz der hinsichtlich der Mitgliedergewinnung günstigen Gelegenheit der Parteigründung und der Bedeutung des inneren Zusammenfindens der verschiedenen regionalen Traditionen und politischen Identitäten, gelten auch für DIE LINKE einige parteienübergreifende Trends: Parteimitgliedschaft genießt, zumal unter Jüngeren, kein großes Ansehen, höher im Kurs steht das unmittelbare soziale oder politische Engagement. Das Aktivwerden für „Ein-Punkt-Anliegen“ und für unmittelbare Bürgeranliegen schlägt oftmals die eher mühselige Interessenaggregation und –repräsentation in Parteien aus dem Feld. Gerade bei der LINKEN steht zudem „direkte Demokratie“ weit oben auf der Agenda, womit immer die Botschaft verbunden ist, dass eine Parteimitgliedschaft nicht zwingend gefordert ist, um an der politischen Willensbildung aktiv mitzuwirken. Oftmals wurde das Engagement von Parteilosen auf Kandidatenlisten als besonders bedeutsam, als Nachweis gesellschaftlicher Akzeptanz auf- und damit die Mitgliedschaft tendenziell abgewertet. Niedrig schwellige Angebote – Schnuppermitgliedschaft, Mitmachen ohne Mitglied zu werden und anderes mehr – fördern diese Tendenz zur Entwertung des Mitglieds-Status. Ohne besondere Vorrechte der Mitglieder gegenüber sympathisierenden Nichtmitgliedern stehen gerade Parteien mit kleineren lokalen Strukturen in Gefahr, zu einer Neuauflage früherer Honoratioren- und Wahlvereine zu werden. Zu den Vorrechten zählt auch, dass die Parteiführung eine besondere Kommunikation mit den Mitgliedern pflegt, die sich von der medial vermittelten Kommunikation mit den Anhängern unterscheidet. Die Mitglieder sind der Souverän der Partei, der zu hören ist, auf den es ankommt, der letztlich entscheidet.

Keinen bleibenden Erfolg hatte in der früheren Linkspartei.PDS der Versuch, mit der Gründung eines virtuellen „17. Landesverbandes“ die neuen Kommunikationsmedien für Internet-Mitgliedschaften zu nutzen. Die neuen Medien können zwar hilfreich für die Organisation des Parteilebens sein, etwa wenn es darum geht, Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse zu organisieren, Kampagnen zu führen oder Kontakte zu mobilen berufstätigen Mitgliedern zu halten, die „unter der Woche“ abwesend sind oder über ein geringes Zeitbudget verfügen. Internet-Kommunikation ersetzt aber nicht die lebendige, sozialräumlich präsente Parteistruktur, Mitgliederversammlungen, Parteitage, Wahlen, soziale Aktivitäten, kurz das „gelebte Parteileben“. Eine Partei ist kein Chatroom.³

³ Die Aktivitäten zur Gründung eines virtuellen Landesverbandes fanden vor allem Anfang dieses Jahrzehntes statt, als die Internetnutzung noch schwächer verbreitet war. Aber auch heute nutzen nach einer jüngsten Umfrage nur zwei Drittel der Anhänger der LINKEN das Internet. Bei den Anhängern der Grünen und der FDP sind es deutlich 80%, bei CDU und SPD geringfügig weniger als bei der LINKEN. Forschungsgruppe Wahlen Online: Internet-Strukturdaten II/2008, Newsletter vom 14. Juli 2008

Parteizugehörigkeit funktioniert nicht nach dem Modell der abrechenbaren Vorteile, nach einem harten Kosten-Nutzen-Kalkül. Für das Engagement spielen „weiche Faktoren“ wie persönliche Kontakte, soziale Bindung, Gemeinschaftserlebnisse, solidarischer Zusammenhalt, eine Kultur des Respekts und der Anerkennung eine große Rolle. Wo die Linien zwischen Mitgliedschaft und Wählerschaft nicht mehr erkennbar sind, werden diese Faktoren oftmals ebenso nachhaltig entwertet wie dort, wo im Mittelpunkt der Mitgliederzusammenkünfte ausschließlich die unmittelbare Politik steht. Parteileben verlangt mehr als Politik, es ist auch eine Frage der Kultur.

Das Statut der LINKEN bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, sich zusätzlich zu den territorialen Strukturen in Politikfeld bezogenen, lebensweltlich orientierten oder ideologisch basierten „Zusammenschlüssen“ zusammenzufinden und zur Politikentwicklung und Positionsbildung beizutragen. Eine Gefahr besteht darin, die unterschiedlichen sozialen und politischen Identitäten, die sich in der Mitgliedschaft wieder finden, in solchen Zusammenschlüssen als gesonderte zu konservieren und abzuschotten. Eine Chance besteht darin - um *pars pro toto* ein Bild zu bemühen -, dass sich der Jobvermittler und der langjährige ALGII-Bezieher in der Partei als Gleiche über ihre jeweiligen und gemeinsamen Anliegen und Interessen verständigen. Für solche die eigene soziale Lage überschreitenden Begegnungen und Verständigungen die geeigneten Räume zu schaffen, bildet für die neue Partei eine große Herausforderung, die mittelfristig über ihre Attraktivität als Mitgliederpartei für Angehörige unterschiedlicher Milieus entscheidet.

Unter den Neumitgliedern sind politisch erfahrene wie völlig unerfahrene Bürgerinnen und Bürger. Ihnen werden gemeinsame Neumitglieder-Seminare angeboten. Daneben gibt es spezielle Fortbildungen zu „Multiplikatoren“ in den politischen Kampagnen der Partei. Die Nachfrage nach politischen Bildungsangeboten unterschiedlichster Art wächst. Was jahrelang angesichts der Erfahrungen mit dem „Parteilehrjahr“ der SED weit weg gewiesen wurde, gewinnt wieder Bedeutung in neuer Gestalt: Was tut eine Partei wie DIE LINKE dafür, dass ihre Mitglieder mit ihren unterschiedlichen Geschichten und Erfahrungen gleichberechtigt am politischen Leben der Partei – und in der politischen Öffentlichkeit – teilnehmen und eingreifen können?

Für die Gewinnung neuer Mitglieder und für ihren Verbleib in der Partei gibt es keinen Königsweg. Anziehend und zum Eintritt ermunternd wird eine Partei auf mittlere Sicht erst dann, wenn sie ihren Zweck als Partei erfüllt, nämlich Erfolge zu erringen versucht. Eine Partei, die darauf verzichtet, im sozialen Alltag vor Ort auch kleine Spuren der erfolgreichen Veränderung zu hinterlassen, wird kein soziales Kapital aufbauen und dann auch mit den besten Marketing-Techniken keinen Mitgliederaufschwung erleben.